Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1 • 19061Schwerin

- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Herrn Peter Altmaier
Bundesminister
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin
Tel.: 0385 569333
Fax: 0385 568501

Parlamentarischer Abend der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin: Aufruf zur Umsetzung der Maßnahmen für die Förderung des deutschen Mittelstandes - nun ist es an der Zeit!

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

wie bekannt, sind wir, die Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin, ein Zusammenschluss von regionalen Unternehmerverbänden aus Ostdeutschland und Berlin, der die Interessen der klein- und mittelständischen Wirtschaft im Dialog mit Politik, Wissenschaft, anderen Wirtschaftszweigen und der Öffentlichkeit in Ostdeutschland einschließlich Berlins bündelt und vertritt. Unsere Interessengemeinschaft repräsentiert dabei mehr als 22.000 Unternehmer, Handwerker, Selbstständige und Freiberufler und setzt sich für faire und ausgewogene Wirtschafts- und Marktbedingungen des Mittelstandes im nationalen und internationalen Wettbewerb ein.

Auch in diesem Jahr veranstaltete die Interessengemeinschaft in guter Tradition Jahr wieder ihren parlamentarischen Abend, der am 13. November 2019 in Berlin unter dem Thema „Mittelstandsförderung für Ostdeutschland – Wie holt der ostdeutsche Mittelstand auf?“ stattfand; besonderer Bezugspunkt war dabei die kürzlich veröffentlichte Mittelstandsstrategie Ihres Hauses. Teilweise bis spät in den Abenden diskutierten die teilnehmenden Abgeordneten von der CDU, FDP, SPD und den Grünen in verschiedenen Podien wie auch nachfolgend in Einzelgesprächen mit den knapp 150 erschienenen ostdeutschen und Berliner Unternehmerinnen und Unternehmern. Haupthemen waren das Bürokratieentlastungsgesetz, die Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung und der sich insbesondere durch die demographische Entwicklung ergebende Mangel an Fach- wie auch Arbeitskräften.

Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1 • 19061Schwerin

- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin
Tel.: 0385 569333
Fax: 0385 568501

Als Ergebnis aus den Diskussionen ergeben sich für uns, die Interessgemeinschaft, die folgenden

Handlungsgebote und Forderungen.

1. Bürokratieentlastungsgesetz

Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen allein macht noch nicht die nötige Entlastung aus. Im Zentrum steht dabei scheinbar eher die Entlastung der Verwaltungen, als die der Unternehmen. Das Feilen an den Vorgaben und Verbessern der Abläufe oder Schwellen ändert nicht viel an den weiterhin vorgegebenen Informations- und Dokumentationspflichten. Die Verfahrungsoptimierung ist begrüßenswert, jedoch kein echter Fortschritt. Dieser sogenannte „Erfüllungsaufwand" ist gerade in KMU eine echte zusätzliche Belastung und kostet Ressourcen, die an anderer Stelle verloren gehen.

Zu diesem Themenkreis lassen sich auch die langen Planungs- und Genehmigungsverfahren zählen. Es wird nach Beschleunigungspotenzialen gesucht, aber man weiß auch, dass in vielen Bereichen der Verwaltungen zu wenig Personal vorhanden ist und der Stau immer größer wird.

Wie ist es mit der Umsetzung und Kontrolle der Vorhaben? Man hat sich in der Europäischen Kommission zum Prinzip: „One in, one out" bekannt. Wird eine neue Regelung eingeführt, muss eine andere angebaut werden. Aber wer koordiniert und kontrolliert dies? Wer schaut sich über die Einzelressorts, verschiedenen zuständigen Rechtsgebiete, die verschiedenen regionalen oder nationalen oder europäischen Zuständigkeiten, über die verschiedenen Branchen und deren spezifischen Pflichten hinweg und innerhalb der Unternehmen in den verschiedenen Wertschöpfungsketten in den Geschäftsprozessen die beauflagten Pflichten an – somit alles, was in einem einzigen Unternehmen zusammenkommt und zu leisten ist? Wo bleibt die Koordinierung aller Bemühungen über alle Ebenen und Bereiche – also horizontal und vertikal? Die Wirtschaft fordert den Normenkontrollrat dazu auf, alle vorhandenen Gesetze entsprechend seines gesetzlichen Auftrages zu überprüfen. Das würde die Bürokratie- und Kostenbelastung für kleine und mittlere Unternehmen senken.

Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1 • 19061Schwerin

- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin
Tel.: 0385 569333
Fax: 0385 568501

Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten sollten grundsätzlich von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und unangemessenen Vorschriften des Arbeitsrechts freigestellt werden. Die One-in-One-out-Klausel muss auch bei der Umsetzung des EU-Rechts konsequent angewendet werden.

2. Mittelstandsfinanzierung

Bei der Finanzierung verlassen sich kleine und mittlere Unternehmen gerne auf ihre Hausbank. Nicht immer springen dabei jedoch die besten Konditionen heraus. Während sich die DAX-Unternehmen auf dem Kapitalmarkt zu sehr günstigen Konditionen finanzieren können, sieht es bei den KMU' s deutlich schlechter aus. Die sogenannten mittelstandsfinanzierenden Banken (Regionalbanken) haben oftmals eigene Probleme wie zum Beispiel Strafzinsen und hohe bürokratische Hindernisse bei der Kreditvergabe. Dadurch fallen auch immer mehr Regionalbanken weg, die eigentlich das Rückgrat der Unternehmensfinanzierung für KMU darstellen.

Die Kompetenz der Hausbank scheint die Wissens- und Kompetenzlücken der Bank einerseits zu füllen. Übergeben KMU das Zepter vollständig an ein Kreditinstitut, verschenken sie andererseits jedoch die Chance, die Finanzierungskonditionen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Kleine und mittlere Unternehmen können sich von der Rolle des reinen Nachfragers aktiv emanzipieren, in dem sie den Planungsprozess der Finanzierung verstärkt selbst in die Hand nehmen, alternative Finanzierungsinstrumente in Betracht ziehen und Angebote diversifiziert vergleichen.

Institute zögern bei der Kreditvergabe häufig, wenn es an Transparenz mangelt und sie versteckte Kreditrisiken wittern, denn die Kreditvergabe unterliegt strengen Regulierungsvorgaben. KMU finanzieren sich beispielsweise selten an öffentlichen Kapitalmärkten, weshalb Geschäftszahlen oftmals nicht publik gemacht werden. Ein Problem bei der Kreditvergabe an KMU liegt wegen der vielfach informellen Arbeitsweise der KMU, da nicht immer alle Zahlen lückenlos vorgelegt werden oder gar durch den Gesellschafter unter Verschluss gehalten werden. Das alles erschwert die Finanzierung von KMU gegenüber Großunternehmen in Deutschland.

Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1 • 19061Schwerin

- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin
Tel.: 0385 569333
Fax: 0385 568501

Als Ideen zur Abhilfe und einer besseren Finanzierung wurde beispielsweise ein Gründerfonds erörtert, der Investitionen in das Eigenkapital der KMU finanziert. Ein Deutschlandfonds könnte zum Beispiel als Co-Investor einer finanzierenden Bank beteiligt werden.

Fazit: Eine auf die individuellen Bedürfnisse der KMU ausgerichtete Finanzierung basiert auf einem soliden Finanzierungsmix und dem Vergleich verschiedener Finanzierungsanbieter. Die dadurch gestärkte Autonomie der KMU eröffnet neue Chancen über die Hausbankverbindung hinaus. Unternehmen müssen ihrerseits durch Transparenz und Modernisierungsbereitschaft gegenüber den verschiedenen Kapitalgebern punkten. Ein möglicher Deutschlandfonds als Co-Investor, der in den deutschen Mittelstand investiert, wäre langfristig betrachtet auch eine zusätzliche Finanzierungssäule zur Stärkung des Eigenkapitals.

3. Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftemangel

Eine wesentliche Ursache für den Mangel an Fach- wie generell an Arbeitskräften ist bekanntlich die demographische Entwicklung. Diesem können wir nur mit einer Verbesserung der Bedingungen für Familien mit Kindern sowie einer zielgerichteten Zuwanderungspolitik erfolgreich begegnen.

Für die Familienpolitik fordern wir dabei Folgendes.

Familien mit Kindern sind stärker zu fördern und dafür die Arbeits- und Lebensbedingungen für diese insbesondere auch im ländlichen Bereich wie auch in den kleineren urbanen Gebieten zu verbessern. Dies gilt gerade auch für die Neuen Bundesländer.

Dort sind diese Gebiete durch Abwanderung und eine daraufhin erfolgte Reduzierung der Infrastruktur häufig unattraktiv (geworden); Familien und damit Arbeitskräfte wird man dort nur halten bzw. zurückgewinnen können, wenn auch dort attraktive Lebensumstände angeboten werden. Dies bedingt daher

Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1 • 19061Schwerin

- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin
Tel.: 0385 569333
Fax: 0385 568501

- eine flächendeckende Versorgung mit Kitas, Schulen und Einrichtungen für die Jugendbetreuung
- eine funktionierende Anbindung an das Gesundheitswesen
- gute öffentliche Verkehrsanschlüsse
- ein flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Für eine erfolgreiche Zuwanderung sind die Pläne und Gesetze zur gesteuerten Einwanderung von Fachkräften zeitnah und zielgerecht umzusetzen. Soweit keine Zuwanderung (nur) in unser Sozialsystem zu befürchten ist, sollte die Einwanderung großzügig gehandhabt werden.

Der Fachkräftemangel ist darüber hinaus durch eine Förderung der innerbetrieblichen Fortbildung zu bekämpften. Förderprogramme, die regionale Kooperationen zwischen KMU und Bildungsdienstleistern unterstützen, müssen unter direkter Einbeziehung von Unternehmerinnen und Unternehmern bundesweit neu gedacht und aufgelegt werden. Bestehende Programme müssen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluiert und ggfs. angepasst werden.

Betreffend den generellen Mangel an Arbeitskräften sollten zugleich die Bemühungen der öffentlichen Hand, insbesondere der Bundesagentur für Arbeit und ihrer Einrichtungen, weiter verstärkt werden, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu bekommen; hierfür sollte der Grundsatz „Fördern und Fordern" aufrechterhalten bleiben.

Für alle sich aus den vorstehenden drei Bereichen ergebenden Handlungsgebote und Forderungen gilt, dass diese unverzüglich anzugehen sind – jeder weitere Aufschub schadet!

Rolf Paukstat
Sprecher der Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin

Sprecher der IG:
Rolf Paukstat
Präsident

Unternehmerverband
Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.
Gutenbergstraße 1
19061 Schwerin

Stellvertretender
Sprecher der IG:
Armin Pempe
Präsident

Unternehmerverband
Berlin e.V.
Leunaer Straße 7
12681 Berlin